

**Bitte sorgfältig
lesen!**

Antrag auf Feststellung der Wohnberechtigung

1. Bitte füllen Sie den Antrag „WBS I“ sorgfältig aus.
2. Für **jedes** künftige Haushaltsmitglied **mit eigenem Einkommen** ist eine Einkommenserklärung „Stabau IIIa/IIIb“ auszufüllen. Eine Erläuterung liegt bei.
3. Bitte fügen Sie folgende Unterlagen bei:
 - Nachweis zum Einkommen der **letzten 12 Monate** aller Haushaltsangehörigen
 - z.B. Gehaltsabrechnungen
 - Rentenmitteilung
 - Bescheid über Arbeitslosengeld I
 - Bescheid über Arbeitslosengeld II
 - Krankengeldbescheid
 - Elterngeldbescheid
 - Unterhaltstitel bzw. Unterhaltsvereinbarung
 - Lohnsteuerbescheinigung oder Kontoauszug reichen nicht aus!**
 - Evtl. Kopie des Schwerbehindertenausweises
 - Kopie des Mutterpasses bei Schwangerschaft
 - Kopie der Heiratsurkunde bei Ehepaaren und Lebenspartnern bis zum Ablauf des siebten auf den Beginn der Ehe oder Lebenspartnerschaft folgenden Kalenderjahres.
4. Lassen Sie den Antrag bitte beim Einwohnermeldeamt (Rathaus) bestätigen.
5. Bei **nicht** EU-ausländischen Staatsangehörigen ist außerdem eine Bestätigung durch das **Ausländeramt** notwendig.

Schicken Sie den Antrag bitte an:

**Landratsamt Pfaffenhofen
Sachgebiet 22
Hauptplatz 22
85276 Pfaffenhofen a.d. Ilm**

Zu Ihrer Information

- Der Wohnberechtigungsschein ermöglicht es Ihnen, sich für den Bezug einer Sozialwohnung zu bewerben.
- **Sozialwohnungen dienen dazu, finanziell Schwächere oder Antragsteller in Wohnungsnotständen vor Obdachlosigkeit zu bewahren.**
- Zuständig ist die Kreisverwaltungsbehörde ihres **derzeitigen Hauptwohnsitzes**.
- Die Ausstellung des Wohnberechtigungsscheines ist einkommensabhängig. Das Landratsamt muss sich deshalb ein klares Bild Ihrer derzeitigen Einkommenssituation machen können.
- Die Ausstellung einer Wohnberechtigungsbescheinigung ist **kostenpflichtig (15 bis 20 Euro)**. Die Kostenrechnung wird Ihnen zusammen mit dem Wohnberechtigungsschein zugeschickt.
- Mit der Wohnberechtigungsbescheinigung erhalten Sie eine Liste **mit allen Sozialwohnungen** im Landkreis Pfaffenhofen.
- Durch die Ausstellung und Übersendung eines Wohnberechtigungsscheines werden Sie **nicht** automatisch auf entsprechende Wartelisten gesetzt. Sie müssen sich dazu selber mit den jeweiligen Vermietern/Vermittlern in Verbindung setzen.
- Der Wohnberechtigungsschein ist bayernweit ein **Jahr** gültig.

Antrag auf Feststellung der Wohnberechtigung**WBS I** **Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins**

- ▶ für öffentlich geförderten Mietwohnraum (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Wohnungsbindungsgesetz – BayWoBindG)
- ▶ für mit Aufwendungsdarlehen oder Darlehen der vereinbarten Förderung geförderten Mietwohnraum (§§ 88, 88d, 88e Zweites Wohnungsbaugesetz)
- ▶ für nach dem Wohnraumförderungsgesetz oder dem Bayerischen Wohnraumförderungsgesetz (BayWoFG) geförderten Mietwohnraum

 Benennung für eine bestimmte Wohnung

- ▶ in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf (Art. 5 BayWoBindG i.V.m. § 3 Durchführungsverordnung Wohnungsrecht)
- ▶ aufgrund eines sonstigen Wohnungsbenennungs- oder Wohnungsbesetzungsrechts

Anlagen:

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen.

Einkommenserklärung(en) auf Formblatt Stabau III a bzw. III b

1. Antragstellerin oder Antragsteller

Name, Vorname		Staatsangehörigkeit	Geburtsdatum
Anschrift		Telefon	Angemeldet seit
Zahl der Wohnräume	Wohnfläche (m ²)	Miete (€ je m ² Wfl./mtl.)	Die derzeitige Wohnung ist eine Sozialmietwohnung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Weitere Haushaltsangehörige

Vorname (ggf. abweichender Familienname)	Geburtsdatum	Beziehung zum Antragsteller (z. B. Ehegatte, Partner)	Vorname (ggf. abweichender Familienname)	Beziehung zum Antragsteller (z. B. Ehegatte, Partner)	Geburtsdatum

3. Angaben über die künftige Wohnung

Ich habe eine bestimmte geförderte Mietwohnung in Aussicht <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar folgende Wohnung			
Ort, Straße, Haus-Nr., Stockwerk	Zahl der Wohnräume	Wohnfläche (m ²)	Miete (€ je m ² Wfl./mtl.)
Vermieter (Name, Anschrift)			

4. Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis

Im Wohnberechtigungsschein soll vermerkt werden, dass mein Haushalt die Voraussetzungen für den Bezug einer Wohnung mit folgenden Vergabevorbehalten erfüllt:

- | | | |
|---|--|--|
| <input type="checkbox"/> Familien / Haushalte mit mindestens 3 Kindern | <input type="checkbox"/> Allein erziehende Personen | <input type="checkbox"/> Ältere Menschen (60 Jahre und älter) |
| <input type="checkbox"/> Sonstige Familien / Haushalte mit Kindern | <input type="checkbox"/> Schwangere Frauen | <input type="checkbox"/> Sonstige Wohnungssuchende in Wohnungsnotständen |
| <input type="checkbox"/> Ehepaare und Lebenspartner (bis zum Ablauf des 7. auf den Beginn der Ehe/Lebenspartnerschaft folgenden Kalenderjahres) | <input type="checkbox"/> Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr | |

5. Begründung für einen zusätzlichen Raumbedarf

Mein Haushalt hat einen zusätzlichen Raumbedarf, weil

6. Begründung für eine behindertengerechte Wohnung

Mein Haushalt benötigt eine behindertengerechte Wohnung, weil

7. Begründung für die Dringlichkeit des Antrags

8. Sonstige Angaben

Ich habe einen Nebenwohnsitz seit _____ in _____

Ich habe Wohneigentum seit _____ in _____

Ich halte mich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet auf und bin rechtlich und tatsächlich in der Lage, hier auf längere Dauer einen Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen und dabei mit den in Nr. 2 genannten Personen einen selbstständigen Haushalt zu führen.

Ja Nein

9. Erklärung

Ich versichere, dass die Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen und dass für jeden Haushaltsangehörigen mit eigenem Einkommen eine Einkommenserklärung beigegeben ist. Ich werde Änderungen während des Verfahrens (z. B. der Anschrift, der Zahl der Haushaltsangehörigen) dem Amt unverzüglich mitteilen.

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweise

► Hinweis nach Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist die für die Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins oder eine Benennung zuständige Stelle (§ 1 Abs. 3 Durchführungsverordnung Wohnungsrecht). Die in Nummern 1 bis 8 sowie die mit Hilfe der Einkommenserklärungen Stabau III a und III b erfragten Daten werden erhoben, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Festlegung der Wohnberechtigung vorliegen. Rechtsgrundlagen für die Datenerhebung sind Art. 6 Abs. 3 Satz 3 des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes, Art. 21 des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten können Sie auf der Internetseite der zuständigen Stelle abrufen. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch von Ihrem zuständigen Sachbearbeiter oder von dem jeweiligen behördlichen Datenschutzbeauftragten.

► Hinweis zu den Haushaltsangehörigen

Zum Haushalt rechnen neben dem Antragsteller, dem Ehegatten, dem Lebenspartner und dem Partner einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft nachstehende Personen, wenn sie miteinander eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen:

Verwandte in gerader Linie (z. B. Eltern, Kinder, Enkel) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Geschwister), Verschwägerter in gerader Linie (z. B. Schwiegereltern, Stiefkinder) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Geschwister des Ehegatten), Pflegekinder und Pflegeeltern. Zum Haushalt rechnen diese Personen auch, wenn zu erwarten ist, dass sie alsbald und auf Dauer in den Haushalt aufgenommen werden, sowie Kinder, deren Geburt auf Grund einer bestehenden Schwangerschaft zu erwarten ist.

Zum Haushalt rechnen nicht Personen, bei denen zu erwarten ist, dass diese sich alsbald und auf Dauer vom Haushalt lösen werden.

Der Antrag ist vor der Abgabe vom Einwohnermeldeamt zu bestätigen!

Die Angaben über die Antragstellerin/den Antragsteller (Ziffer 1) und die weiteren Haushaltsangehörigen (Ziffer 2) stimmen mit den Eintragungen im Melderegister

überein in folgenden Punkten nicht überein _____

Die Antragstellerin der Antragsteller (Ziffer 1) und die weiteren Haushaltsangehörigen (Ziffer 2) sind hier gemeldet seit: _____

zugezogen von: _____

Staatsangehörigkeit: _____

Die jetzigen Wohnverhältnisse der Antragstellerin/ des Antragstellers sind

bekannt nicht bekannt
 Nebenwohnsitz besteht nicht Nebenwohnsitz besteht in _____

Die Angaben über die jetzige Wohnung sind

glaubhaft nicht glaubhaft

Ort, Datum

i.A. _____

Von der Ausländerbehörde auszufüllen!

Die Antragstellerin/ der Antragsteller (Ziffer 1) und die weiteren Haushaltsangehörigen (Ziffer 2)

besitzen eine (Ziffer 1 und lfd. Nr. aus Ziffer 2 angegeben)

unbefristete Niederlassungserlaubnis seit: _____ Ziffer: _____

befristete Aufenthaltserlaubnis seit: _____ bis: _____ Ziffer: _____

Duldung seit: _____ bis: _____ Ziffer: _____

Aufenthaltsgestattung als Asylbewerber seit: _____ bis: _____ Ziffer: _____

Fiktionsbescheinigung über die Wirkung der Antragstellung nach § 81 AufenthG

Landratsamt Pfaffenhofen a.d. Ilm

Pfaffenhofen a.d. Ilm, _____

(Unterschrift)

Einkommenserklärung des Antragstellers

Formblatt Stabau III a

1. Antragsteller

Randnummern: Siehe "Erläuterungen" zum Formblatt
Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Name, Vorname

Geburtsdatum

Anschrift

2. Weitere Haushaltsangehörige (Bitte eigene Erklärung mit Formblatt Stabau III b ausfüllen)

Vorname (und ggf. auch abweichender Familienname)	Geburtsdatum	Beziehung zum Antragsteller (z. B. Ehegatte, Kind)	Eigene Einnahmen	
			Ja	Nein
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Angaben zu den Einkünften

- Ich habe Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und/oder sonstige Einkünfte nach § 22 EStG und diese haben sich innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung **nicht auf Dauer geändert**.
→ Weiter mit Nr. 3.1 (wenn daneben Gewinneinkünfte vorliegen, ist auch Nr. 3.3 zu beantworten)
- Ich habe Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und/oder sonstige Einkünfte nach § 22 EStG und diese haben sich **ganz oder zum Teil** innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung **auf Dauer geändert** bzw. werden sich in den zwölf Monaten ab dem Monat der Antragstellung **auf Dauer ändern (Beginn und Ausmaß der künftigen Änderung stehen bereits fest)**.
→ Weiter mit Nr. 3.2 (wenn daneben Gewinneinkünfte vorliegen, ist auch Nr. 3.3 zu beantworten)
- Ich habe – gegebenenfalls auch neben anderen Einkünften – im vergangenen Kalenderjahr Einkünfte bezogen, deren Höhe mit einer Gewinnermittlung gemäß § 4 EStG festgestellt wird (z. B. bei einem Gewerbebetrieb).
→ Weiter mit Nr. 3.3 (wenn daneben andere Einkünfte vorliegen, sind auch Nr. 3.1 und Nr. 3.2 zu beantworten)

3.1 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Überschusseinkünften

Meine Brutto-Einnahmen in den letzten zwölf Monaten vor dem Monat der Antragstellung betragen aus	Jahresbetrag €
<input type="checkbox"/> nichtselbständige Arbeit (§ 19 EStG)	
<input type="checkbox"/> Kapitalvermögen (§ 20 EStG)	
<input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)	
<input type="checkbox"/> sonstigen Einkünften (§ 22 EStG)	
Zwischensumme	0,00
Abzüglich Werbungskosten / Pauschbeträge / Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG	
Summe der positiven Einkünfte	0,00

3.2 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Überschusseinkünften - Einkommensänderung

Meine Brutto-Einnahmen betragen bzw. werden betragen aus	Änderung		Monatsbetrag €	Jahresbetrag €
	Ja	Nein		
<input type="checkbox"/> nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Kapitalvermögen (§ 20 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> sonstigen Einkünften (§ 22 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Zwischensumme				0,00
Abzüglich Werbungskosten / Pauschbeträge / Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG				
Summe der positiven Einkünfte				0,00

3.3 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Gewinneinkünften		
Ich hatte vom Beginn des vergangenen Kalenderjahres bis einschließlich vergangenen Monat - abzüglich Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG - Einkünfte aus		Gewinn im letzten Kalenderjahr €
<input type="checkbox"/>	Land- und Forstwirtschaft (§§ 13 bis 14 EStG)	
<input type="checkbox"/>	Gewerbebetrieb (§§ 15 bis 17 EStG)	
<input type="checkbox"/>	Selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)	
Summe der positiven Einkünfte		0,00
4. Einnahmen gemäß DVWoR		Jahresbetrag €
Einnahmen gemäß § 2 Abs. 1 DVWoR		
Abzüglich Pauschalbeträge gemäß § 2 Abs. 2 DVWoR		
Ergebnis		0,00
5. Summe der positiven Einkünfte zuzüglich Einnahmen gemäß § 2 DVWoR		€
Summe der unter Nr. 3.1, Nr. 3.2 und Nr. 3.3 ermittelten positiven Einkünfte zuzüglich des unter Nr. 4 ermittelten Ergebnisses		0,00
6. Pauschalabzüge für Steuern und laufende Beträge		
Jeweils 10 % der unter Nr. 5 ermittelten Summe für		€
<input type="checkbox"/>	Einkommensteuer	
<input type="checkbox"/>	Kranken- und Pflegeversicherung	
<input type="checkbox"/>	Lebensversicherung oder Altersversorgung	0,00
7. Jahreseinkommen des Antragstellers		€
Unter Nr. 5 ermittelte Summe abzüglich der unter Nr. 6 ermittelten Pauschalabzüge		0,00
8. Ermittlung des Gesamteinkommens des Haushalts		€
Summe der Jahreseinkommen sämtlicher Haushaltsangehörigen		
Abzüglich Freibeträge:		
<input type="checkbox"/>	für Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 (je 4.000 €)	
<input type="checkbox"/>	für Ehepaare/Lebenspartner (bis zum Ablauf des 7. Kalenderjahres) (5.000 €)	
Abzüglich Abzugsbeträge für die Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen:		
<input type="checkbox"/>	für notariell beurkundete Unterhaltsvereinbarung, Unterhaltstitel, Unterhaltsbescheid	
<input type="checkbox"/>	für auswärts untergebrachte Haushaltsangehörige in Berufsausbildung	
<input type="checkbox"/>	für einen früheren oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten	
<input type="checkbox"/>	für sonstige nicht zum Haushalt rechnende Personen	
<input type="checkbox"/>	für Kinder dauernd getrennt lebender oder geschiedener Eltern	
Gesamteinkommen des Haushalts		0,00
<p>Ich versichere, dass die Angaben, auch soweit sie in etwaigen Anlagen zum Antrag gemacht sind, vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Darüber hinaus versichere ich, dass für jeden Haushaltsangehörigen mit eigenem Einkommen eine eigene Einkommenserklärung beigegeben ist. Ich werde Änderungen während des Verfahrens (z. B. Zahl der Haushaltsangehörigen, Anschrift) unverzüglich mitteilen.</p>		
Ort, Datum		Unterschrift
Prüfende Behörde		
Datum		Unterschrift

Einkommenserklärung für weitere Haushaltsangehörige

Formblatt Stabau III b

Anlage zum Antrag der/des (Name, Vorname)

vom (Datum)

Randnummern: Siehe "Erläuterungen" zum Formblatt
Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

1. Haushaltsangehöriger

Name, Vorname

Geburtsdatum

Anschrift

2. Angaben zu den Einkünften

- Ich habe Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und/oder sonstige Einkünfte nach § 22 EStG und diese haben sich innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung **nicht auf Dauer geändert**.
→ Weiter mit Nr. 2.1 (wenn daneben Gewinneinkünfte vorliegen, ist auch Nr. 2.3 zu beantworten)
- Ich habe Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und/oder sonstige Einkünfte nach § 22 EStG und diese haben sich **ganz oder zum Teil** innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Antragstellung **auf Dauer geändert** bzw. werden sich in den zwölf Monaten ab dem Monat der Antragstellung **auf Dauer ändern (Beginn und Ausmaß der künftigen Änderung stehen bereits fest)**.
→ Weiter mit Nr. 2.2 (wenn daneben Gewinneinkünfte vorliegen, ist auch Nr. 2.3 zu beantworten)
- Ich habe – gegebenenfalls auch neben anderen Einkünften – im vergangenen Kalenderjahr Einkünfte bezogen, deren Höhe mit einer Gewinnermittlung gemäß § 4 EStG festgestellt wird (z. B. bei einem Gewerbebetrieb).
→ Weiter mit Nr. 2.3 (wenn daneben andere Einkünfte vorliegen, sind auch Nr. 2.1 und Nr. 2.2 zu beantworten)

2.1 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Überschusseinkünften

Meine Brutto-Einnahmen in den letzten zwölf Monaten vor dem Monat der Antragstellung betragen aus	Jahresbetrag €
<input type="checkbox"/> nichtselbständige Arbeit (§ 19 EStG)	
<input type="checkbox"/> Kapitalvermögen (§ 20 EStG)	
<input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)	
<input type="checkbox"/> sonstigen Einkünften (§ 22 EStG)	
Zwischensumme	0,00
Abzüglich Werbungskosten / Pauschbeträge / Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG	
Summe der positiven Einkünfte	0,00

2.2 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Überschusseinkünften - Einkommensänderung

Meine Brutto-Einnahmen betragen bzw. werden betragen aus	Änderung		Monatsbetrag €	Jahresbetrag €
	Ja	Nein		
<input type="checkbox"/> nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Kapitalvermögen (§ 20 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> sonstigen Einkünften (§ 22 EStG)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Zwischensumme				0,00
Abzüglich Werbungskosten / Pauschbeträge / Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG				
Summe der positiven Einkünfte				0,00

2.3 Ermittlung des Jahreseinkommens bei Gewinneinkünften		
Ich hatte vom Beginn des vergangenen Kalenderjahres bis einschließlich vergangenen Monat - abzüglich Beträge nach § 2 Abs. 5a EStG - Einkünfte aus		Gewinn im letzten Kalenderjahr €
<input type="checkbox"/> Land- und Forstwirtschaft (§§ 13 bis 14 EStG)		
<input type="checkbox"/> Gewerbebetrieb (§§ 15 bis 17 EStG)		
<input type="checkbox"/> Selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)		
Summe der positiven Einkünfte		0,00
3. Einnahmen gemäß DVWoR		Jahresbetrag €
Einnahmen gemäß § 2 Abs. 1 DVWoR		
Abzüglich Pauschalbeträge gemäß § 2 Abs. 2 DVWoR		
Ergebnis		0,00
4. Summe der positiven Einkünfte zuzüglich Einnahmen gemäß § 2 DVWoR		€
Summe der unter Nr. 2.1, Nr. 2.2 und Nr. 2.3 ermittelten positiven Einkünfte zuzüglich des unter Nr. 3 ermittelten Ergebnisses		0,00
5. Pauschalabzüge für Steuern und laufende Beträge		
Jeweils 10 % der unter Nr. 4 ermittelten Summe für		€
<input type="checkbox"/> Einkommensteuer <input type="checkbox"/> Kranken- und Pflegeversicherung <input type="checkbox"/> Lebensversicherung oder Altersversorgung		0,00
6. Jahreseinkommen des Antragstellers		€
Unter Nr. 4 ermittelte Summe abzüglich der unter Nr. 5 ermittelten Pauschalabzüge		0,00
<p>Ich versichere, dass die Angaben, auch soweit sie in etwaigen Anlagen zum Antrag gemacht sind, vollständig sind und der Wahrheit entsprechen. Darüber hinaus versichere ich, dass für jeden Haushaltsangehörigen mit eigenem Einkommen eine eigene Einkommenserklärung beigegeben ist. Ich werde Änderungen während des Verfahrens (z. B. Zahl der Haushaltsangehörigen, Anschrift) unverzüglich mitteilen.</p>		
Ort, Datum	Unterschrift	
Prüfende Behörde		
Datum	Unterschrift	

Erläuterungen zur Einkommenserklärung des Antragstellers (Formblatt Stabau III a) und zur Einkommenserklärung für weitere Haushaltsmitglieder (Formblatt Stabau III b)

Sehr geehrte(r) Antragsteller(in),
sehr geehrte(r) Haushaltsangehörige(r),

wenn Sie Fördermittel der staatlichen Wohnraumförderung beantragen oder eine geförderte Wohnung beziehen wollen, weisen Sie als Antragsteller bitte mit dem Formblatt Stabau III a Ihr maßgebliches Einkommen nach. Als (weiteres) Haushaltsmitglied verwenden Sie bitte das Formblatt Stabau III b.

Um diese Erläuterungen möglichst verständlich zu halten, wird hier nur auf die am häufigsten in Betracht kommenden Einkünfte eingegangen. Im Übrigen gelten für die Einkommensermittlung die Regelungen des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes (**BayWoFG**), der Durchführungsverordnung Wohnungsrecht (**DVWoR**) sowie des Einkommensteuergesetzes (**ESTG**).

Bitte fügen Sie Ihrer Einkommenserklärung **Einkommensnachweise über sämtliche Einkünfte und Einnahmen** bei, die Sie erzielen, sowie entsprechende Nachweise für Abzugs- und Freibeträge. **Erläuterungen zu den Randnummern in der Einkommenserklärung (Formblätter Stabau III a und Stabau III b):**

① Zum **Haushalt** zählen neben dem Antragsteller/der Antragstellerin auch Personen, die mit ihm/ihr eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, also in der Regel

- der Ehegatte, der Lebenspartner und der Partner einer sonstigen auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft,
- bestimmte Verwandte (z. B. Kinder, Eltern, Großeltern, Enkel, Geschwister) oder Verschwägerter (z. B. Schwiegereltern, Stiefeltern, Stiefkinder),
- Pflegekinder und Pflegeeltern.

Zum Haushalt gehören die genannten Personen auch dann, wenn zu erwarten ist, dass sie alsbald und auf Dauer in den Haushalt aufgenommen werden. Das gilt auch für Kinder, deren Geburt auf Grund einer bestehenden Schwangerschaft zu erwarten ist. Personen, die nur vorübergehend abwesend sind (z. B. Auszubildende), können unter Umständen ebenfalls zum Haushalt gehören.

Nicht zum Haushalt gehören dagegen Personen, bei denen zu erwarten ist, dass sie sich alsbald und auf Dauer vom Haushalt lösen werden.

② 1. Grundsätzlich wird dem **Jahreseinkommen** das Einkommen zugrunde gelegt, das innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Monat der Antragsstellung erzielt worden ist. Etwas anderes gilt, wenn sich in diesem Zeitraum das monatliche Einkommen auf Dauer geändert hat oder es sich innerhalb von zwölf Monaten ab dem Monat der Antragsstellung absehbar auf Dauer ändern wird.

2. Eine **dauerhafte Änderung** des monatlichen Einkommens liegt z. B. bei einer Gehaltserhöhung oder bei einem Rentenbezug infolge des Erreichens der Altersgrenze vor. Hier wird bei der Ermittlung des Jahreseinkommens das Zwölfwache des geänderten monatlichen Einkommens zugrunde gelegt; jahresbezogene Leistungen (z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) werden dem Jahresbetrag hinzugerechnet.

Kreuzen Sie in diesem Fall unter "**Ermittlung des Jahreseinkommens bei Überschusseinkünften – Einkommensänderung**" (= Nr. 3.2 Stabau III a bzw. Nr. 2.2 Stabau III b) bitte die Einkünfte

an, die sich geändert haben oder ändern werden, und geben Sie insoweit sowohl den neuen Monats- als auch den neuen Jahresbetrag (inklusive der jahresbezogenen Leistungen) an. Werden daneben auch Einkünfte ohne dauerhafte Änderung bezogen, genügt es, den Jahresbetrag anzugeben.

Bei den "**Einnahmen gemäß § 2 DVWoR**"

(= Nr. 4 Stabau III a bzw. Nr. 3 Stabau III b) geben Sie bei dauerhaften Änderungen bitte den sich unter Berücksichtigung der Änderung ergebenden Jahresbetrag an.

3. Werden Einkünfte bezogen, deren Höhe mit einer **Gewinnermittlung** gemäß § 4 EStG festgestellt wird, ist dem Jahreseinkommen das Einkommen zugrunde zu legen, das in dem Kalenderjahr vor dem Monat der Antragsstellung erzielt worden ist. Liegt hierfür bereits ein Einkommensteuerbescheid vor, greifen Sie bitte auf dessen Angaben zurück. Wenn Sie Gewinneinkünfte nicht im gesamten vergangenen Kalenderjahr bezogen haben oder nicht bis heute beziehen, weisen Sie bitte Ihre Gewinneinkünfte der letzten zwölf Monate in geeigneter Weise auf einem gesonderten Blatt nach.

4. Nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayWoFG i.V.m. § 2 Abs. 5a EStG werden bestimmte weitere Beträge zur Bildung der Summe der positiven Einkünfte hinzugerechnet.

③ Zu den **Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit** gehören **insbesondere**:

- Geld- und Sachbezüge,
- Geldwerte Vorteile, Provisionen, Belegschaftsrabatte,
- Ausbildungsvergütungen aus einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis,
- Anwärterbezüge der Beamten im Vorbereitungsdienst,
- Lohnzuschläge (z. B. Gefahrenzuschlag, Überstundenentlohnung),
- Besondere (nicht steuerfreie) Entlohnung für Dienste an Sonn- und Feiertagen oder zur Nachtzeit,
- Zuschüsse zu einer freiwilligen Versicherung des Arbeitnehmers, gegebenenfalls auch Beiträge des Arbeitgebers für eine Direktversicherung,
- Versorgungsbezüge (§ 19 Abs. 2 Satz 2 EStG), insbesondere
 - Ruhegehälter (Beamtenpensionen), Witwen- und Waisengelder, Unterhaltsbeitrag,
 - Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen wegen Erreichens einer Altersgrenze, vermindelter Erwerbsfähigkeit oder als Hinterbliebenenbezüge.

④ Zu den **sonstigen Einkünften nach § 22 EStG** gehören **insbesondere**:

- Altersrenten, Berufsunfähigkeitsrenten, Erwerbsminderungsrenten (jeweils in volle Höhe) und andere Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, den landwirtschaftlichen Alterskassen, den berufsständischen Versorgungseinrichtungen, aus privaten (auch kapitalgedeckten) Altersversorgungen sowie aus Altersvorsorgeverträgen,
- Unterhalt des geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten soweit dieser den Sonderausgabenabzug der Unterhaltsleistungen beantragt hat (sogenanntes Realsplitting),
- Sonstiger Unterhalt (soweit er nach den einkommensteuerrechtlichen Vorschriften dem Empfänger zuzurechnen ist).

- 5 Bei den Überschusseinkünften können von den Brutobeträgen nach der "Zwischensumme" in der Regel **Werbungskosten** (§ 9 EStG) in der entstandenen Höhe bzw. folgende Pauschbeträge (§ 9a EStG, § 20 Abs. 9 EStG) abgesetzt werden:

- Nichtselbständige Arbeit	1.230 €
- Versorgungsbezüge (Nichtselbständige Arbeit)	102 €
- Kapitalvermögen	
Sparer Pauschbetrag	bis 1.000 €
Ehegatten (ggf.)	bis 2.000 €
- Sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 1, 1a, 1b, 1c und 5 EStG	102 €

Nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayWoFG i.V.m. § 2 Abs. 5a EStG werden bestimmte weitere Beträge abgezogen v. a. sind bei der Summe der Einkünfte die nach § 2 Abs. 5a Satz 2, § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG abziehbaren **Kinderbetreuungskosten** zu berücksichtigen.

- 6 Über § 2 Abs. 1 DVWoR gehören zum Jahreseinkommen insbesondere auch folgende Einnahmen:
- der steuerfreie Betrag von Versorgungsbezügen,
 - wiederkehrende, dem Empfänger nicht als sonstige Einkünfte zuzurechnende Bezüge, die ihm von nicht zum Haushalt rechnenden Personen gewährt werden, der nicht steuerbare Ehegattenunterhalt und die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
 - der nicht der Besteuerung unterliegende Teil der Leibrenten,
 - Krankentagegelder,
 - Renten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit, Renten und Beihilfen an Hinterbliebene sowie Abfindungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Siebtes Buch Sozialgesetzbuch),
 - als Zuschüsse gewährte
 - steuerfreie Berufsausbildungsbeihilfen und Ausbildungsgelder nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
 - steuerfreie Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,
 - steuerfreie Zuwendungen und Stipendien, soweit sie zur Bestreitung des Lebensunterhalts bestimmt sind,
 - steuerfreie laufende Leistungen des Bürgergeldes (vormals Arbeitslosengeld II bzw. „Hartz IV“) und des Sozialgeldes (Zweites Buch Sozialgesetzbuch),
 - die nach § 3 Nr. 3 EStG steuerfreien Rentenabfindungen, Beitragserstattungen, Leistungen aus berufsständischen Versorgungseinrichtungen, Kapitalabfindungen und Ausgleichszahlungen,
 - steuerfreie, einkommensabhängige Bezüge, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften aus öffentlichen Mitteln versorgungshalber an Wehr- und Zivildienstbeschädigte oder ihre Hinterbliebenen, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sowie ihnen gleichgestellte Personen gezahlt werden,
 - steuerfreie laufende Leistungen
 - der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus der Sozialhilfe (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch),
 - der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach einem Gesetz, das dieses für anwendbar erklärt,

- der Kinder- und Jugendhilfe für die Kosten des notwendigen Unterhalts einschließlich der Unterkunft sowie der Krankenhilfe für Minderjährige und junge Volljährige,
- der steuerfreie Grundbetrag der Produktionsaufgabenrente und das Ausgleichsgeld nach dem Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit,
- steuerfreie Leistungen nach § 17 Unterhaltssicherungsgesetz,
- steuerfreie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit,
- Lohn- und Einkommensersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Elterngeld) nach § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG,
- ausländische Einkünfte nach § 32b Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 bis 5 EStG,
- Arbeitslohn, für den der Arbeitgeber die Lohnsteuer nach § 40a EStG mit einem Pauschalsteuersatz erhebt (z. B. 400-Euro-Jobs).
- Renten, die an Verfolgte im Sinne des § 1 Bundesentschädigungsgesetzes oder deren Hinterbliebenen gezahlt werden.

Bei Einnahmen gemäß § 2 Abs. 1 DVWoR können **in der Regel** je 200 € als **Pauschbetrag** abgesetzt werden (§ 2 Abs. 2 DVWoR).

- 7 Ein **Pauschalabzug von je 10 %** wird vorgenommen für die Leistung von
- Einkommensteuer (insbesondere Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer),
 - laufenden Beiträgen zu einer Kranken- und Pflegeversicherung sowie
 - laufenden Beiträgen zu einer Lebensversicherung oder einer Versicherung zur Altersversorgung.

8 Für Ehepaare und Lebenspartner bis zum Ablauf des siebten auf den Beginn der Ehe oder der Lebenspartnerschaft folgenden Kalenderjahres.

9 Als Abzugsbeträge werden Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher **Unterhaltsverpflichtungen** bis zu dem in einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung festgelegten oder in einem Unterhaltstitel oder Unterhaltsbescheid festgestellten Betrag abgesetzt.

Liegen eine notariell beurkundete Unterhaltsvereinbarung, ein Unterhaltstitel oder ein Unterhaltsbescheid nicht vor, können Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen wie folgt abgesetzt werden:

- bis zu 4.000 € für einen Haushaltsangehörigen, der auswärts untergebracht ist und sich in der Berufsausbildung befindet,
- bis zu 6.000 € für einen nicht zum Haushalt rechnenden früheren oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner,
- bis zu 4.000 € für eine sonstige nicht zum Haushalt rechnende Person (z. B. eine dauerhaft in einem Pflegeheim lebende Person),
- bis zu 4.000 € für ein Kind dauernd getrennt lebender oder geschiedener Eltern, denen das elterliche Sorgerecht uneingeschränkt gemeinsam zusteht, wenn diese mit dem Kind den Wohnsitz teilen.

Für den Abzug der Beträge sind die Verhältnisse im Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend.

Hinweise zur Datenverarbeitung (Art. 13 DSGVO und Art. 14 DSGVO)

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Stellen i.S.d. § 1 Abs. 3 DVWoR.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient ausschließlich dazu die Wohnraumsuche zu unterstützen. Die Daten werden vertraulich behandelt und nur an Personen und Institutionen weitergegeben, die in einem engen Zusammenhang mit der eventuellen Vermittlung einer Wohnung stehen. Die von der zuständigen Stelle erhobenen Daten werden gelöscht, wenn sie zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden, oder spätestens mit Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Die Erhebung und Verarbeitung der Daten erfolgt mit Ihrer Einwilligung. Bitte beachten Sie, dass die abschließende Antragsbearbeitung die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten voraussetzt.

Die in den Nummern 1 bis 8 sowie die mit Hilfe der Einkommenserklärungen Stabau III a und III b erfragten Daten werden erhoben, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Festlegung der Wohnberechtigung vorliegen. Rechtsgrundlagen für die Datenerhebung sind Art. 6 Abs. 3 Satz 3 des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes, Art. 21 des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes.

Ihre Rechte:

- Sie haben das Recht, Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber der zuständigen Stelle i.S.d. § 1 Abs. 3 DVWoR zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruht, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt wird und Ihr Antrag nicht abschließend bearbeitet werden kann. Die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zu Ihrem Widerruf wird davon nicht berührt.
- Sie haben ein Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- Sie haben das Recht auf Datenberichtigung sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO).
- Sie haben ein Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.
- Sie haben ein Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 18 DSGVO).

- Sie haben ein Beschwerderecht bei der für Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörde:
Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Wagmüllerstraße 18
80538 München
Telefon: 089 212672-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie den Datenschutzhinweisen der jeweils zuständigen Stelle i.S.d. § 1 Abs. 3 DVWoR entnehmen. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch von Ihrem zuständigen Sachbearbeiter oder von dem jeweiligen behördlichen Datenschutzbeauftragten.